LZ-Rheinland

Artikel vom 16.03.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 17:02 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/ueberschaubare-wirkung

Überschaubare Wirkung



Foto: landpixel

Eine Abgabe auf Pflanzenschutzmittel würde nur eine geringe Lenkungswirkung in Richtung mehr Nachhaltigkeit entfalten. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die von der Forschungstochter des Berliner „Humboldt Forum for Food and Agriculture“ (HFFA), der HFFA Research GmbH, im Auftrag von Bayer CropScience angefertigt wurde. Die Fachleute analysierten anhand von Modellkalkulationen verschiedene Szenarien zu den Folgen einer Abgabe auf die landwirtschaftlichen Betriebe, die Märkte und die Wertschöpfungskette. Demnach sind auch bei sehr hohen Abgaben von mehr als 100 % nur kleine bis sehr kleine Verringerungen des Pflanzenschutzmittelaufwandes zu erwarten, gleichzeitig würden die betriebswirtschaftlichen Parameter „erheblich“ negativ verändert.

„Die Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass ein eindeutiger Lenkungseffekt einer Steuer in Bezug auf einen Nachfragerückgang bei Pflanzenschutzmitteln in nennenswerter Höhe nicht festgestellt werden kann“, erklärte der Geschäftsführer der HFFA Research GmbH, Dr. Steffen Noleppa, am Montag bei der Vorstellung der Studie. Die Landwirte seien in der Regel auf Pflanzenschutzmittel angewiesen und könnten daher nur begrenzt auf die Preissteigerungen durch eine Abgabe reagieren. „Die ökologische Wirkung einer Steuer kann allenfalls als begrenzt bezeichnet werden“, so Noleppas Fazit. Gleichzeitig ergäben sich jedoch „massive negative Folgen“ für jeden landwirtschaftlichen Betrieb und weitere

Marktakteure.

Die Hauptlast einer Abgabe hätte gemäß der Studie die Landwirtschaft zu tragen, anteilig betroffen wären auch Hersteller und Händler. Der Verbraucher würde nach Angaben der Autoren hingegen nur wenig spüren. Internationale Marktverflechtungen und zusätzliche Wertschöpfung entlang der Ketten sorgten dafür, dass die Auswirkungen im eigentlichen Agrarsektor blieben. „Einziger Gewinner“ würde laut Noleppa der Staat durch die Mehreinnahmen sein.

AgE